# Preußische Gesetzsammlung

1933 Ausgegeben zu Berlin, den 7. April 1933 Mr. 24 Tag Anhalt: Seite 6. 4. 33. Gesetzur Erzielung weiterer Ersparnisse in ber gemeindlichen Berwaltung . . 98 Geset über die Beendigung der Amiszeit ehrenamtlicher Beamter von Gemeinden und Gemeinde-verbänden sowie über die Bestätigung von Gemeindebeamten und ihre Wahlen in den hohenzollernschen Lande 95 6. 4. 33. Gefet zur Ausführung bes Gleichschaltungsgesetzes in ben Gemeinden und Gemeindeverbänden vom Gefeg über bie Erflärung ber Rechtsunwirksamkeit von Bablen zur Berbandsversammlung bes Sieblungsver-6. 4. 33. bandes Ruhrkohlenbezirk Bekanntmachung ber nach bem Gesethe vom 10. April 1872 burch bie Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urfunben uiw.

(Rr. 13862.) Gefet zur Erzielung weiterer Ersparniffe in der gemeindlichen Berwaltung. Bom 6. April 1933. maconismold nationaled natification and annionismolding assis arandomical

Das Staatsministerium hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird: (a) In Bandsemeinden mit nicht mehr ale 3000 Einwohnern ist die Einrichtung beseideter

Im Titel VIII und im § 72 der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen tritt an die Stelle der Zahl "2500" die Zahl "10 000".

8 2.

- (1) In Stadtgemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern werden die Stellen des Bürgermeisters, der Mitglieder des Gemeindevorstandes und der Beigeordneten ehrenamtlich verwaltet. Die Wahlzeit endet gleichzeitig mit der Wahlzeit der Gemeindevertretung. Die Neuwahl hat alsbald nach der Neuwahl der Gemeindevertretung stattzufinden; die Ausscheidenden bleiben bis zur Einführung der Neugewählten im Amte.
- (2) Sofern der Umfang oder die Eigenart der Gemeindeberwaltungsgeschäfte es erfordert, kann durch Ortsfatzung die Stelle eines hauptamtlichen besoldeten Bürgermeisters oder Stadtrats (Ratsherrn, Beigeordneten) eingerichtet werden. Die Ortsfatzung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsfahl der unbesolbeien Magiftentsmitglieder, Reigegrondere und Schöffen fann. sbröched
- (8) Soweit in Städten mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern bei Inkrafttreten dieses Gefetes Bürgermeister, Mitglieder des Gemeindevorstandes und Beigeordnete besoldet angestellt sind, verbleibt es bis zur Beendigung ihrer Amtszeit bei dem bestehenden Rechtszustande.

(1) Die Höchstzahl der besoldeten Mitglieder des Magistrats einschließlich des Bürgermeisters (Oberbürgermeisters) beträgt in Stadtgemeinden mit mehr als 10 000,

mit mehr als 50 000, jedoch mit nicht mehr als 100 000 Einwohnern 4. mit mehr als 100 000 Einwohnern . . . . . . . . . 6.

Die Stelle des Bürgermeifters (Oberbürgermeifters) und, wenn mehr als eine besoldete Stelle eingerichtet wird, die Stelle des Kämmerers muffen mit besoldeten Wahlbeamten besetzt werden.

- (2) Die Borichriften des Abf. 1 finden auf die besoldeten Stellen der Burgermeifter (Dberbürgermeifter) und Beigeordneten in Städten, die nach der Bürgermeisterberfassung verwaltet werden, sinngemäße Anwendung. genetalbebederte wie drunden meen alffielle beleich genegledelten
- (3) Sofern der Umfang oder die Eigenart der Gemeindeberwaltungsgeschäfte es erfordert, fann die Höchstzahl der besoldeten Magistratsmitglieder (Beigeordneten) durch Ortssatzung herauf= gesett werden. Die Ortssatzung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
- (4) Soweit bei Inkrafttreten dieses Gesetzes die Zahl der im Abs. 1 bezeichneten Magistratsmitglieder (Beigeordneten) über die im Abs. 1 Sat 1 bestimmte Höchstzahl hinausgeht, bleibt jedes

bon ihnen bis zur Beendigung seiner Amtszeit im Amte; endet die Amtszeit eines oder mehrerer dieser Magistratsmitglieder (Beigeordneten) und ist die Abernahme der von ihnen versehenen Tätigkeit durch folche besoldete oder unbesoldete Magistratsmitglieder (Beigeordneten), deren Amtszeit noch weiterläuft, nicht tunlich, so kann die im Abs. 1 Sat 1 bestimmte Höchstzahl mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde auch in den Fällen überschritten werden, in denen die Voraussetzungen des Abs. 3 nicht vorliegen. Jedoch ist bei Besetzung freier Stellen nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die vorhandenen Magistratsmitglieder bei Freiwerden weiterer Stellen diese übernehmen können.

- (1) In Landgemeinden werden die Stellen des Gemeindevorstehers (der Mitglieder des tolle= gialischen Gemeindevorstandes) sowie der Schöffen ehrenamtlich verwaltet. § 2 Abs. 1 San 2, 3 findet finngemäße Unwendung.
- (2) Sofern der Umfang oder die Eigenart der Gemeindeberwaltungsgeschäfte es erfordert, können durch Ortssatzung in Landgemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern die Stellen eines hauptamtlichen befoldeten Gemeindevorftehers oder Schöffen, in Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern eines hauptamtlichen besoldeten Gemeindevorstehers und zweier Schöffen eingerichtet werden. Die Ortsfatzung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(3) In Landgemeinden mit nicht mehr als 3000 Einwohnern ist die Einrichtung besoldeter Stellen ausgeschlossen. int Titel VIII and im § III der Stähtendnung für die sechställich

(4) Soweit in Landgemeinden beim Inkrafttreten dieses Gesetzes Gemeindevorsteher (Mitglieder des kollegialischen Gemeindevorstandes) oder Schöffen mit Rechtswirksamkeit besoldet angestellt sind, verbleibt es bis zur Beendigung ihrer Amtszeit bei dem bestehenden Rechtszustande. Im übrigen findet § 3 Abf. 4 finngemäße Anwendung.

waltet. Die Wahlzeit enbet gleichzeitig mit ber Zanhlzeit ber Gemeindeverrretung. Die Neuwahl In den Amtern werden die Stellen des Bürgermeisters und der Stellvertreter (ber Beigeordneten) ehrenamtlich verwaltet. Im übrigen finden die Vorschriften des § 4 sinngemäße burch Octessagung die Stelle eines hauptamtlichen helploeten Bürgermeiliers ober Standnung

herrn, Veigeordneten) eingerichtet werden. Die .6 .8 jayung bedarf der Genehmigung der Au Die Zahl ber unbesolbeten Magistratsmitglieder, Beigeordneten und Schöffen tann, soweit fie das Bedürfnis überschreitet, von der Auffichtsbehörde nach Anhörung der Gemeindevertretung (Amtsvertretung) mit sofortiger Wirkung herabgesetzt werden. wedelleite verliemusgesiele Legesch find, verbleibt es bis zur Beendigung ihrer Amtszeit bei dem bestehenden Rechtszustunde

## § 7.

Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehende Ortssatzungen, durch welche die Zahl der Mitglieder der Vertretungskörperschaft in Gemeinden gegenüber der in den Gemeindeverfassungsgesetzen vorgesehenen Grundzahl erhöht worden ist, treten gleichzeitig mit dem Ende der Wahlzeit der Bertretungskörperschaft außer Kraft. 210 ndem ichin ihm dadet 000 od 210 ndem tim

## mit mehr als 100 000 Cintoobnern.8 &

- (1) Für ehrenamtliche Tätigkeit sowie die Mitwirkung in gemeindlichen Vertretungskörperschaften darf von den Gemeinden und Gemeindeverbänden außer den baren Auslagen nur der nachweislich entgangene Arbeitsverdienst ersetzt werden, jedoch nicht über die nach reichsrechtlichen Borschriften einem Zeugen zustehenden Gebühren hinaus. Die Gewährung einer Pauschalentschädigung bleibt zulässig, wenn dadurch eine Mehrbelastung der Gemeinde (des Gemeindes berbandes) nicht eintritt; die Pauschalentschädigung wird durch Ortssatzung festgesetzt. Die Ortssatzung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.
- (2) Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde kann dem Bürgermeister (Gemeindevorsteher) außerdem eine mit seiner amtlichen Mühewaltung in billigem Verhältnisse stehende Entschädigung gewährt werden, wurde ideigeben Geming in Elde i Gas i bestimmte Bodgigehl hinaus, nederligtigt

der Liadt Berlin ber Doerprafident, im übrigen (? Megierungsmäligent, Comeit ber Regierungs-Die Gemeinden und Gemeindeberbände haben durch Ortssatzung Bestimmungen über die Entschädigung bei Dienstreisen und auswärtigen Beschäftigungen (Tage- und Ubernachtungsgelder, Erfat der Fahrtauslagen, Beschäftigungstagegelber) zu treffen. Die nach den staatlichen Grundfaten zu gewährenden Betrage durfen nicht überschritten werden. Die Ortsfatung tann die Gewährung von Bauschalabfindungen für wiederholte Dienstreisen und auswärtige Beschäftigungen vorsehen, wenn dadurch unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Zahl und voraussichtlichen Dauer der Dienstreisen und auswärtigen Beschäftigungen eine Mehrbelastung der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) nicht eintritt. Die Ortsfatzung ist bis zum 15. Mai 1933 zu beschließen; fie bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

\$ 10.

Die Vorschriften des § 3 dieses Gesetzes finden auf die Stadtgemeinde Berlin keine Anwendung.

§ 11.

Der Minister des Junern ist ermächtigt, die zur Durchführung und Aussührung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen zu erlaffen. arafre sogeselle sejeid punrdiffente dent generalifden Zuig

\$ 12.

Das Geseth tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. April 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium. lings in nod mitter

Die Kommissare des Reichs. bon Papen. Göring.

Gefet über die Beendigung ber Amtszeit ehrenamtlicher Beamter bon Gemeinden und Gemeindeverbanden, über die Beftätigung von Gemeindebeamten und über Wahlen in den hohenzollerischen Landen. Bom 6. April 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1.

- (1) Die Amtszeit der von den gemeindlichen Vertretungskörperschaften gewählten unbesoldeten Ehrenbeamten endet, soweit fie nicht auf Grund der bestehenden Vorschriften ohnehin nach Neuwahl der Bertretungsförperschaften neu zu mahlen find, mit dem Tage des Infrafttretens diefes Gefetes. Das gleiche gilt für Gemeindevorsteher und Schöffen, die von Gemeindeversammlungen gewählt der Kommunistischen Pariei auf Erma der SS 10 und 17 des Borläufigen Gesetze. Init nedroor
- (2) Die Neuwahlen haben unverzüglich stattzufinden. Die nach Abs. 1 Ausscheidenden bleiben bis zur Einführung der Neugewählten mit ihren bisherigen Rechten und Pflichten in ihrem Amte. Das Geset tritt mit dem Tage der Vertigdzug in Kraft.

Uber die Bestätigung der Kreisdeputierten sowie der Amtsvorsteher und ihrer Stellvertreter entscheidet der Regierungspräsident.

Das Preußische Estatsumisserhun

Die gewählten Bürgermeifter, befoldeten und unbefoldeten Beigeordneten, die befoldeten und unbefoldeten Magiftratsmitglieder in Stadtgemeinden bedürfen der Beftätigung. Uber die Beftätigung entscheidet bei Burgermeistern der freisfreien Städte das Staatsministerium, bei Mitgliedern des Magistrats der Stadt Berlin, Bezirksbürgermeistern und Mitgliedern der Bezirksamter der Stadt Berlin der Oberpräsident, im übrigen der Regierungspräsident. Soweit der Regierungspräsident über die Bestätigung entscheidet, kann sie nur unter Zustimmung des Bezirksausschusses versagt werden. Lehnt der Bezirksausschuß die Zustimmung ab, so kann sie auf Antrag des Regierungspräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden.

In Landgemeinden bedürfen die Gemeindeborfteber (Bürgermeifter), die Mitglieder des kollegialischen Gemeindevorstandes sowie die Schöffen (Beigeordneten) der Bestätigung des Landrats. Die Bestätigung tann nur unter Zustimmung bes Rreisausschusses versagt werden. Lehnt der Kreisausschuß die Zustimmung ab, so kann sie auf Antrag des Landrats durch den Regierungspräsidenten ergänzt werden.

\$ 5.

In den Städten der Hohenzollerischen Lande erfolgt die Wahl des Bürgermeisters, des Beigeordneten und der Schöffen nur durch die Gemeindebertretung.

Der Minister bes Innern ist ermächtigt, die zur Ergänzung der Borschriften in §§ 3, 4 und zur Durchführung und Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen zu erlassen.

Die Vorschriften der §§ 3, 4 treten mit Wirkung vom 13. März 1933 in Kraft. Im übrigen tritt bas Gejet am Tage der Verkundung in Kraft.

Berlin, den 6. April 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Die Rommiffare des Reichs. bon Papen. Görina.

Amiszelt ehrenamillicher Beamier (Rr. 13864.) Gefet jur Ausführung bes Gleichschaltungsgesehes in ben Gemeinden und Gemeindeverbanden vom 31. Marg 1933. Bom 6. April 1933. Bonden and Belle Bond Belle Be

Das Staatsministerium hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Für die Beschlußfähigkeit sowie die Feststellung einer einfachen oder besonderen Mehrheit oder Minderheit in Bertretungsförperschaften bon Gemeinden und Gemeindeverbänden gilt die gesetzliche (satungsmäßige) Zahl der Mitglieder der Vertretungskörperschaften als um so viel vermindert, als Sitze dadurch nicht besetzt werden, daß die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge ber Kommunistischen Partei auf Grund der §§ 10 und 17 des Borläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reiche unwirksam ist. leitzenem wedod welchoniell ein? (2) Neugewählteng git ihren bisherigen Rechten und Pflichten in

Das Gefetz tritt mit dem Tage der Berkundung in Rraft.

Berlin, den 6. April 1933.

niegermeistern und Mitgliedern der Beistliedunker

Das Preußische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

bon Papen.

Göring.

(Nr. 13865.) Geset über die Erklärung der Rechtsunwirksamkeit von Wahlen zur Verbands= versammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk. Vom 6. April 1933.

Das Staatsministerium hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

# Einziger Paragraph.

Die gemäß §§ 5 und 7 der Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk vom 5. Mai 1920 (Gesetssamml. S. 286) von den durch die Verordnung vom 4. Februar 1933 (Gesetssamml. S. 21) aufgelösten Vertretungen der Mitglieder — Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen — für die IV. Wahlperiode der Verbandsversammlung vorgenommenen Wahlen werden für rechtsunwirksam erklärt.

Berlin, den 6. April 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

bon Papen.

Göring.

# Befanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 23. Februar 1933

über die Genehmigung des von der Schlesischen Generallandschaftsdirektion am 25. Januar 1933 gefaßten Beschlusses über Anderung der Bestimmungen über die landschaftliche Zwangsverwaltung

burch das Amtsblatt der Regierung in Breslau Nr. 11 S. 97, ausgegeben am 18. März 1933;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums bom 2. März 1933

über die Berleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Schippenbeil für die Er= haltung des sogenannten Wollberges

durch das Amtsblatt der Regierung in Königsberg Nr. 14 S. 87, ausgegeben am 18. März 1933;

3. ber Erlag des Preugischen Staatsministeriums vom 6. Märg 1933

über die Berleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Brachwitz für die Anlagen zur Versorgung der Gemeinde mit Trinkwasser einschl. der Zusahrtswege und der ersorders lichen Rohrleitungen

burch das Amtsblatt der Regierung in Merseburg Nr. 12 S. 53, ausgegeben am 25. März 1938.

2.6

(next 18805) senting where the general der Newschaftenfelt von Bladfen gur Berbandon eine eine Berbandon eine B

Das Staatsminiferium for julgandes Cefen beichloffen bas biermit verkindet wirdt

# Cingiger Baragraph.

Lie genöße is a roch I der Tebandsordnung für den Siedlungsreidund Mudridsfehreit vom 5. Mat 1922 (Geleklorund. E. 223) von den durch die Kerschung vom 4. Hebrer ihner (Geleplanund. S. 21) aufgesölzer Bestreinnen der Milglieder — Stadizerardneren bereitungen, Leitingen — für die 18. Auchtreitere der Verbandsverfammlung vorgenammenen Alaften werden für rechteumbirklam erkläre.

Berlin, den 6. Abril 1983,

Das Areukliche Staatsministerlum

(LispelS)

afeithmach m

Die Rommifford des Chappy des Aleithe des refunds

The state of the s

Die Cerlebelten der IS 1. 4 kreien mit Bulliuse dem 12. Marz tiers in Kroft. Ihm Abrigan der Beleg von Toge der Berkinde, puniframinunaf 2St

Nach Borichteift bes Gefetzes vom 10. April 1872 (Gefehlammil. S. 357) find bestannigenochi:

der Erlaß des Preußichen Ctoalswiristeriums vom 23. Februar 1933
 über die Genehmigung des von der Schlefischen Schrechfandschlichten aus 25. Januar
 1983 gefohen Beiglustes über Inderung der Schlimmungen über die landschaltliche
 Procugerervollung.

burch das Amisblait der Regierung in Breslau Nr. 11 S. 97, ausgegeben am 18. März 1983;

2, ber Erloß des Preußischen Staatsministeriums vom 2. Märg 1933

über die Berleibung des Enfeignnugsrechts an die Gemeinde Schippenbeil für die Er-

durch das Amisblatt der Regierung in Königsberg Nr. 14 S. 87, ausgegeben am 18. Weger 1983 8. der Erlag des Yrenhilden Stoatsminifterlams vom E. März 1983

über die Verleibung des Enteignungdrechts an die Gemelade Brachtut für die Anlagen aux Beriorgung der Chemeinde mit Leinfwosser einschl. der Rusabetkweige und des ersorderaux Beriorgung der Chemeinde mit Leinfwosser einschl. der Rusabetkweige und des ersorder-

burch dos Amishlait der Regierung in Merledurg Nr. 12 C. 53, ausgegeben am St. Mary 1983.

on destinantificien Paris un Grund des 18 de 17 des Borioufigue Gefeses un Gebierinfog werdenn der Elegen mit dem Arishe prostrigen in.

Don Grief trib mit bent Tage ber Berffindum in Bent

Worth, San O. Moutt 1935.

Das Preudiffe Stantisminischen

Seronsgegeben vom Preuhitigen Stankminiperkum. — Dein: Preuhipe Artuaere und Verlug: Preuhipe Artuaere und Verlug: M. von Veder's Verlag. G. Schend. Berlin UK. D. Linkhrahe Id. (Politheellonio Berlin 2009.)
Les landenen Breug der Artukliden Gefehlemmung nerminipa zur die Verhankalten (Verhagereis I., mur derteilsselch);
Les landenen Vernagen der Artukliden Gefehlemmung nerminipa noch Verhankalten (Verhagen der Underen and Habel and George merken.
Leitzelber Verhanden und Fehren and Gegental die Kolen under Verhangen in- en u. D. Trekerndigsung.
Letter die der andeiligen Ergen aber den Bogental die Kolen. der gedoren Begen aber den Brown der Regen aber der Regen der Regen aber der Regen aber der Regen aber den Brown der Regen aber der Regen aber der Regen der Re